

NORBERT SIEVERS, PATRICK S. FÖHL, TOBIAS J. KNOBLICH

Einleitung

I. Transformation ist ein neues Zauberwort der Kulturpolitik. Nach der »Wende« bezeichnete dieser Begriff den vielgestaltigen Prozess der Integration der fünf neuen Bundesländer in das politische und infrastrukturelle System der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Mittlerweile ist es im kulturpolitischen Zusammenhang ein Synonym für erkannte, vermutete und erwünschte Veränderungsnotwendigkeiten, die angesichts der systemischen Probleme im Kulturbereich selbst, aber mehr noch auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Umbrüche und Krisen gesehen werden. Schon im Zusammenhang mit dem 8. Kulturpolitischen Bundeskongress »Kultur.Macht.Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik« im Juni 2015 war die Einführung des Begriffs der Transformation auf den Prozess der staatlich-administrativen Integration im Blick zurück problematisch geworden. Zu sehr war schon damals offenkundig, dass die Dynamik und Dramatik des gesellschaftlichen Wandels den Blick nach vorne erfordern, weil neue Themen auf der Tagesordnung stehen. Konnten die Stichworte »Digitalisierung« und »Globalisierung«, die die kulturpolitischen Debatten in den letzten Jahren beherrschten, noch im alltagsfernen Raum theoretischer und politischer Diskurse verhandelt werden, ist spätestens mit der Flüchtlingsfrage offenkundig geworden, dass der soziale Wandel, der unsere gegenwärtige Gesellschaft erfasst, konkret, erfahrbar und aktuell und der Begriff »Krise« kein Alarmismus von Pessimisten mehr ist, sondern ein Indikator für real existierende Gefährdungen und natürlich auch Chancen, die alle Bereiche der Gesellschaft und auch die Kultur betreffen. Suggestierte Transformation mit Bezug auf die Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in erster Linie nachholende Modernisierung und Anpassung an etwas Bekannt-Bewährtes, bedeutet sie heute eher Mut zur gesellschaftlichen Neu-Formierung und methodisches Infragestellen überkommener Gewissheiten.

Der 8. Kulturpolitische Bundeskongress, dessen Beiträge in diesem Jahrbuch dokumentiert sind, stand genau in diesem Zwiespalt zwischen rückwärtsgewandter Erinnerungspolitik und zukunftsorientiertem Transformationsdiskurs. Es ging weniger um Selbstbeweihräucherung, denn um Selbstvergewisserung und die Thematisierung von Herausforderungen, auch um Kritik an Kurzsichtigkeiten des Einheitsdiskurses, die heute klarer zutage liegen. So konstatierte Staatsministerin Monika Grütters, dass es »seit langem nicht mehr nur um ›Substanzerhalt‹, sondern um die Ausgestaltung der deutschen Einheit unter den Bedingungen einer kulturell und ethnisch heterogenen, pluralistischen Gesellschaft« geht und die »Baustelle ›Deutsche Einheit‹ wohl noch eine Weile Baustelle bleiben wird«. (Siehe den Beitrag von Grütters in diesem Jahrbuch) Wer wollte dies angesichts der oben angedeuteten Entwicklungen bestreiten? Sicher, die Bilanz der Substanzerhaltungspolitik, die Wolfgang Thierse und andere AutorInnen in Erinnerung rufen, ist beeindruckend, aber es bleibt eben auch noch Unaufgearbeitetes, Mißverstandenes und Strittiges. (Siehe die Beiträge von Thierse, Knoblich, Rehberg und Mohrmann in diesem Jahrbuch) Und es bleibt vor allem die Frage, wie die kulturelle Herausforderung einer zunehmend migrantisch geprägten Gesellschaft im Kontext eines »gigantischen Veränderungs- und Modernisierungsprozesses« (siehe den Beitrag von Lammert in diesem Jahrbuch) bewältigt werden kann. Reicht es da, das *Humboldt Forum* in Berlin transkulturell zu programmieren und dann doch eher zu musealisieren? Wird es dort gelingen, das Eigene so gut zu lernen wie das Fremde, worauf Thierse, Hölderlin zitierend, hinweist? Und was genau ist das Fremde, und wie lässt es sich für das Miteinander gesellschaftlich umfassend produktiv machen, ohne nur exemplarisch-didaktisch in Erscheinung zu treten?

Ein Identitätsdiskurs als Lernprogramm? Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert sieht ein »Bedürfnis nach Identifikation« in einer multikulturellen Gesellschaft und hält die Frage für mindestens diskussionswürdig, »ob und woher sich die Identität einer Gesellschaft erklärt« und welche »Gewissheiten« es sind, die ihren »inneren Zusammenhalt« begründen. Er spricht, sich auf Kurt Biedenkopf berufend, in diesem Zusammenhang von »Leitkultur«. Allerdings stellt er sich »unter den Bedingungen einer demokratischen, aufgeklärten, liberalen Gesellschaft« vor, »dass dieser kanonisierungsbedürftige Grundkonsens« ein kontinuierlicher reflexiver Diskurs unter allen Bürgerinnen und Bürgern einer Gesellschaft sein muss, woher auch immer sie gekommen sein mögen.« (Siehe den Beitrag von Lammert in diesem Jahrbuch) Friedrich Dieckmann, der die Kulturation durch die »jäh angeschwollene Masseneinwanderung« vor eine »extreme Belastung« gestellt sieht, hält die »notorische Fremdenfreundlichkeit der Deutschen« für eine gute Voraussetzung für den kulturellen Aneignungsprozess der Zugewanderten. Allerdings will er diesen Prozess der Aneignung und Selbstverwandlung nicht allein einem sich selbst steuernden Diskurs anvertraut wissen, sondern fordert für unsere Schulen vielmehr »viele Milliarden Euro und eine enorme Personalaufstockung..., um eine nur quantitativ neue, qualitativ seit langem bekannte Aufgabe zureichend zu erfüllen.« (Siehe den Beitrag von Dieck-

mann in diesem Jahrbuch) Die Zukunft der Kulturation, sie entscheide sich vor allem in der Schule.

II. Transformation ist jedoch nicht nur eine allgemeine reformpolitische Formel, sondern auch ein *Terminus technicus* für die konkrete Transformationspolitik vor allem in den 1990er Jahren, durch die sich auch die Kulturpolitik insgesamt sowohl kompetenzbezogen, institutionell wie auch konzeptionell stark verändert hat.¹ Dies gilt nicht nur für die Kulturpolitik des Bundes und für die neuen Bundesländer, sondern auch für die alten Länder im Westen der Republik (Knoblich 2012), für das Bund-Länder-Verhältnis (vgl. etwa die Systematisierungs-/Entflechtungsdebatte) und namentlich für die Bundeshauptstadt Berlin, die sich kulturell mit Unterstützung des Bundes neu in Szene setzen konnte. Es gab in den 1990er Jahren eine starke Anpassung der kulturellen Infrastruktur und der kulturpolitischen Administrationen nach den Modellen im Westen. Es gab aber auch nachhaltig wirkende Impulse aus dem »Labor Ostdeutschland« in die westlichen Bundesländer hinein, bis zum Kulturverfassungsrecht. Der Beigeordnete des Deutschen Städtetages, Klaus Hebborn, spricht deshalb auch davon, dass ein »Transformationsprozess in beide Richtungen« stattgefunden habe. (Siehe den Beitrag von Hebborn in diesem Jahrbuch)

Zu dieser Entwicklung sind in den 1990er Jahren viele Beiträge veröffentlicht worden, darüber gibt die Bibliografie »Kulturpolitik im Transformationsprozess« im Anhang dieses Jahrbuches Auskunft. Aber eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Erfolge und Versäumnisse dieser Politik steht bis heute noch aus. Auch dieses Jahrbuch kann nur eine kleine und beispielhafte Bilanz dieser für die deutsche Kulturpolitik so wichtigen Zeit sein. Sie bestätigt zunächst, dass der Anspruch des Artikels 35 des Einigungsvertrages, dass die »kulturelle Substanz ... keinen Schaden« nehmen dürfe, im Großen und Ganzen gewährleistet werden konnte, gleichwohl über die Definition des Substanzbegriffs weiter gestritten werden darf. Wolfgang Thierse ist sogar der Meinung, dass die Kultur im Osten Deutschlands darüber hinaus auch »zukunftsfähig« gemacht worden ist. Auch Michael Schindhelm konstatiert, dass der »1989 befürchtete Kahlschlag in der Kultur ausgeblieben« sei und ein Großteil der kulturellen Einrichtungen die Transformationen der letzten 25 Jahre überstanden hätte. (Siehe die Beiträge von Thierse und Schindhelm in diesem Jahrbuch) Klaus Hebborn sieht dagegen auch »einen massiven Abbau von Kultur und kultureller Infrastruktur in den ostdeutschen Kommunen« und »erhebliche Disparitäten zwischen den verschiedenen Landesteilen und ein fortdauerndes Wegbrechen von Kunst- und Kulturangeboten in den Ge-

1 Manfred Ackermann wagt sogar die These, dass »gesamtdeutsche-europäische Kulturpolitik nach 1945« erst nach 1990 beginnen konnte. (Ackermann 2013: 87) Bundestagspräsident Norbert Lammert spricht von einer »völlig neuen Architektur der Kunst- und Kulturförderung in Deutschland«, die aus dem Einigungsvertrag entstanden sei. Und mit Blick auf die verfassungsmäßig vorgesehene Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern ergänzt er – nicht ohne eine gewisse Irritation zu verbergen –, dass es inzwischen offensichtlich eine »schiere Selbstverständlichkeit« geworden sei, dass auch der Bund in der innerstaatlichen Kulturförderung tätig werden darf. (Siehe den Beitrag von Lammert in diesem Jahrbuch)

meinden beziehungsweise im ländlichen Raum.« (Siehe den Beitrag von Hebborn in diesem Jahrbuch) Es bleibt wohl eine Frage des konkreten Zugangs zur kulturellen Infrastruktur und auch interpretationsbedürftig, was für eine Region typisch, unverzichtbar oder kulturell identitätsprägend ist.

III. Wandel als Transformation hat verschiedene Dimensionen. Er lässt sich auf Institutionen, Leitbilder und Narrative beziehen, aber auch auf die Mentalität jener, die ihn erleben und gestalten. Transformation wurde zu lange einseitig als Umbau der Kulturlandschaft gedacht, als gelte es lediglich, eine Kulisse des künstlerischen Produzierens, des Aufbewahrens von Artefakten oder der Rezeption zu verändern. Darin bleibt der Substanzbegriff bei aller philosophischen Aufladung sehr institutionell. Wichtig aber ist die Macht des Diskurses, mit der Prozesse transportiert, oftmals unbewusst strukturiert und neue Gewissheiten durchgesetzt werden. Hier spielen subjektive Faktoren eine wichtige Rolle, die auch zu kollektiven Eigenschaften werden: Prägungen, Erfahrungen oder Konventionen. Sie bleiben oft auf der Strecke beziehungsweise stehen dem Neuen gelegentlich irritiert gegenüber, wo sie im Diskurs keine Geltung erlangen. Mentalität kann nicht verordnet werden. Heute wird rückblickend die deutsche Einheit oft als »asymmetrische Einheit« bezeichnet, weil sie sich als Anpassung im Sinne des Beitritts eines territorialen Teilgebietes zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vollzog (Meyer 2015; siehe auch den Beitrag von Meyer in diesem Jahrbuch): Einheit als Addition, als verfassungsmäßiger Akt. Noch das Aufglimmen der Hoffnung einiger KünstlerInnen, mit der von Brecht und Eisler geschaffenen »Kinderhymne« könne eine neue gemeinsame deutsche Nationalhymne an die Stelle des patriotischen Deutschlandliedes gestellt werden, dessen Pathos nicht mehr die Gefühle aller abbildete, belegt die Notwendigkeit sensiblen und zuwachssoffenen Tradierens; allzu kontrolliert und einseitig funktioniert kollektive Identität eben nicht.

Dass Transformation aber eine diskursive Qualität aufweist, die Differenz und Diversität nicht als Problem behandelt, sondern zum Neujustieren zulassen muss, ist gerade heute im Neuinterpretieren von Integration und Interkulturalität (Terkessidis 2010) eine entscheidende Erkenntnis. Nicht von ungefähr fühlten sich Ostdeutsche lange als Migranten im eigenen Land, weil sie sich überformt wählten und in der Mehrheitsgesellschaft kaum Prägungen hinterließen. Von dieser Erfahrung müssen wir lernen, in ihr wiederholte sich teilweise und unter anderen Vorzeichen die seinerzeit misslungene Integration der Gastarbeiter in der alten Bundesrepublik. Wandel und Identität sind reflexive Größen. Je stärker unser Beharren auf vermeintlichen Gewissheiten beruht, desto größer sind in der Folge die Verwerfungen im Miteinander, auch in der Akzeptanz von notwendigen gesellschaftlichen Leitvorstellungen.

Die »Wende« ist so gesehen ein Erfahrungsraum, der über den konkreten Umbau der Kulturlandschaft hinausweist und stärker kontextualisiert werden muss. Umbau der kulturellen Infrastruktur wird daher zunehmend auch anders erzählt, indem er nicht mehr bei einer »Stunde Null« ansetzt, sondern die Voraussetzun-

gen und Übergänge differenzierter belegt oder weitreichende Folgerungen aus Anpassungsdrücken zieht. (Siehe die Beiträge von Braun/Höpel und Pallas in diesem Jahrbuch)

Einen wichtigen Komplex im Umgang mit dem Erbe der DDR und dessen Erforschung und Präsentation stellt das Feld der Erinnerungskultur dar. In ihm ist wie auf keinem anderen Gebiet der DDR-Vergangenheit Dynamik konstitutiv. So sind nicht nur gänzlich neue museale Komplexe und Gedenkort entstanden, sondern mit dem geschichtspolitischen Topos der »Aufarbeitung« ist eine offene, unabgeschlossene Arbeitsrichtung beschrieben, die keinen finalen Strich unter der Geschichte von Unrecht zieht und den Umgang mit Fakten, Quellen und Erlebnisberichten in den Vordergrund stellt. (Siehe den Beitrag von Sabrow in diesem Jahrbuch) Dies relativiert nicht Wahrheit, sondern schützt vielmehr vor absoluten und zeitlich bedingten Schlüssen, in denen die Befassung mit den Schicksalen der Menschen zum Stillstand gekommen ist. Im Zentrum der Erinnerungskultur steht allerdings nicht nur die neu gewonnene Perspektive auf die SED-Diktatur, sondern auch die weitere und durch neue Fokussierungen geprägte Aufarbeitung des Nationalsozialismus, seiner Opfergruppen oder aber der mehrfach kodierten Geschichte von Täterorten (etwa *Gedenkstätte Buchenwald* und *Mittelbau Dora* in Weimar). Dass Orte in unterschiedlicher Hinsicht »Geschichte schreiben« und symbolpolitisch von hoher Bedeutung sein können, zeigt beispielhaft die Etablierung der *Gedenkstätte Andreasstraße* in Erfurt und die dort praktizierte Bildungsarbeit. (Siehe den Beitrag von Voit in diesem Jahrbuch)

Zur Erinnerungskultur gehört auch der kritische Umgang mit Geschichtsbildern. Dieser reduziert sich nicht auf bestimmte Spezialeinrichtungen, die nach dem Untergang der DDR in den neuen Bundesländern entstanden sind, sondern durchdringt die Gesellschaft insgesamt. Die Konjunktur von Geschichte, die wir erleben und die sich auch in der Selbstbefragung des Woher und Wohin von Kulturpolitik niederschlägt, bedeutet eine Chance: Lust an Vergangenheit ist immer auch eine Bildungschance, aus der ein Bewusstsein für Probleme des Zusammenlebens, gesellschaftliche Konflikte und die Kraft gelingender kollektiver Erzählungen wächst. Die angemahnte Suche nach »neuen kulturellen Narrativen« (siehe den Beitrag von Krüger in diesem Jahrbuch) hat mit kritischer, aber auch lustvoller Auseinandersetzung mit bisherigen argumentativen Pfadgebundenheiten zu tun, Gewissheiten, die neu perspektiviert werden müssen. Die Zukunft kulturpolitischer Transformation hängt auch wesentlich damit zusammen, wie wir uns an Brüche und Neujustierungen erinnern und diese bewältigen können.

IV. Transformationspolitik ist komplex und auf das Mitwirken vieler Akteure angewiesen. Das gilt für die Einbeziehung von unterschiedlichen Wissensressourcen genauso wie für die Ermächtigung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure zur Gestaltung einer nachhaltigen Kulturentwicklung. Transformative Kulturpolitik schafft Rahmenbedingungen für Prozesse einer auf die gesellschaftlichen Herausforderungen und Potenziale reagierende Kulturentwicklung. Hierzu zählt die Öff-

nung kultureller Einrichtungen für neue kooperative Kulturformate ebenso wie die Umstrukturierung und das Neudenken von Kulturförderverfahren oder die Einrichtung dauerhafter Dialogverfahren wie etwa die Gründung eines Kulturbeirates. Diese Prozesse finden in zunehmendem Maße konzeptbasiert statt, das heißt, dass es weniger um Einzelmaßnahmen beziehungsweise punktuelle Interventionen geht, sondern die gesamte Kulturlandschaft einer Kommune, Region oder gar eines Bundeslandes in den Blick genommen wird. In noch nie dagewesenem Umfang wird gegenwärtig in Analyse- und Diskussionsverfahren über die Zukunft von Kulturpolitik und -arbeit verhandelt. Dies kann Gesetze wie das sächsische Kulturraumgesetz (siehe den Beitrag von Winterfeld in diesem Jahrbuch) oder das Kulturfördergesetz in Nordrhein-Westfalen (siehe den Beitrag von Kaluza wie auch Zimmermann in diesem Jahrbuch für beide) oder die Schaffung neuer Gefäße für die kooperative Kulturprojektarbeit zur Folge haben. (Siehe den Beitrag von Kraus in diesem Jahrbuch)

Am häufigsten finden sich jedoch umfangreiche Konzeptentwicklungsverfahren. Am Beispiel der Kulturkonzeptentwicklung für zwei Modellregionen im Freistaat Thüringen kann das Ineinandergreifen von konzeptbasierter Landeskulturpolitik mit Regional- und Kommunalkulturpolitik nachvollzogen werden. (Siehe den Beitrag von Harjes-Ecker/Jakob in diesem Jahrbuch) Die beiden regionalen Kulturkonzepte beinhalten viele der Themen und methodischen Ansätze, wie man sie gegenwärtig in Kulturentwicklungsplanungsverfahren in Städten, Regionen und Ländern – auch international – nachvollziehen kann. (Föhl/Sievers 2015)

Transformation wird von Akteuren umgesetzt, die erkannt haben, dass Kunst und Kultur nur mit Bewegung und konstruktivem Streit zu neuer Aufmerksamkeit verholfen werden kann. Damit werden Möglichkeitsräume geschaffen, um ihre Potenziale als gesellschaftliche Gestaltungskräfte (wieder) zu entfalten. Akteure und Agenturen der kulturellen Transformation können Künstler (siehe den Beitrag von Mohr in diesem Jahrbuch) oder Verbände (siehe Interview von Cornelia Dümcke mit Olaf Schwencke und Jürgen Marten in diesem Jahrbuch) sein. Gleichfalls treten große Kultureinrichtungen auf den Plan, die mit ihren Infrastrukturen und Netzwerken künstlerische Innovationen durch kooperative Projekte anstoßen. Peter Carp verwendet in seinem Beitrag den inzwischen eingeführten Begriff des Ankers, um die kulturelle Transformationsarbeit von einer zunehmenden Anzahl von Stadttheatern als Koordinationspunkte von Kollaborations- und Netzwerkarbeit zu beschreiben. Diese Ankerfunktionen werden nicht ohne Eigennutz übernommen. Denn es sind auch die Kultureinrichtungen, die sich ändern (müssen), allen voran die Theater und Museen, die – so Marietta Piekenbrock in ihrem Beitrag – einem »grundlegenden Funktionswandel« unterworfen sind. Die Übernahme einer Ankerfunktion kann diesen Funktionswandel durch neue Produktions- und Sichtweisen befördern sowie die Einrichtungen als Netzwerkknoten zu einer neuen kulturpolitischen Aufmerksamkeit verhelfen. Sie können zum Beispiel Bestandteil eines kollaborativen Urbanismus sein, der auf das Zusammenwirken themen-, sparten- und sektorenübergreifender Akteure setzt, die gemeinsam einen positiven

Beitrag zur Entwicklung der Stadtgesellschaft leisten können. (Siehe den Beitrag von Fitz in diesem Jahrbuch) Diese Prozesse setzen umfängliche Dialogverfahren voraus, die inzwischen mit, innerhalb und außerhalb der kulturellen Institutionen stattfinden. (Siehe den Beitrag von Schlewitt in diesem Jahrbuch)

Zusammengenommen kann festgehalten werden, dass Kulturpolitik vor einer großen Veränderungsaufgabe steht (siehe den Beitrag von Bisky in diesem Jahrbuch) und sich bewegen muss, wenn sie mehr Bedeutung und Wertschätzung erlangen will. Darauf weist Tim Renner in seinem Beitrag hin. Sie muss ihre eingerosteten Hebel lösen und zur Kenntnis nehmen, dass die Digitalisierung die kulturelle Produktion, Distribution und Rezeption grundlegend verändert hat und für Hilmar Hoffmanns Utopie einer »Kultur für alle« und von allen ganz neue Optionen eröffnet. Kulturpolitik muss ihre Rolle in einer vom digitalen und analogen kulturellen Überangebot geprägten Gesellschaft neu finden und dafür sorgen, dass die von ihr geförderten Institutionen sich ebenso öffnen und neue Kontexte für Kunst und Kultur geschaffen werden. Transformation bekommt dadurch eine zivilisatorisch-technologische Dimension, deren Konsequenzen noch nicht abschließend zu beurteilen sind. Kulturentwicklungsplanung kann ein Instrument für solche kontextorientierten Veränderungen sein, wenn sie den Auftrag dafür bekommt, Transformationsprozesse konkret zu gestalten. (Siehe den Beitrag von Föhl/Wolfram in diesem Jahrbuch) Solche Verfahren können aber auch die Formulierung der zunehmend geforderten neuen kulturellen Narrative (siehe Beitrag von Krüger in diesem Jahrbuch) – abseits vorhandener selbstreferentieller Begründungsmuster – ermöglichen und Transformation als gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozess gestalten. (Siehe den Beitrag von Leipprand in diesem Jahrbuch) Dieser Diskurs muss in zunehmendem Maße die kulturelle Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft und ihre Konsequenzen für die Gestaltung von Kulturpolitik und kulturellen Angeboten in den Blick nehmen. (Siehe den Beitrag von Kolland in diesem Jahrbuch) Birgit Mandel sieht diese Entwicklungen in ihrem Beitrag sogar als besondere Motoren für die Transformation des Kulturbetriebs in Deutschland.

Der Blick nach vorne zeigt folglich auf, dass die Transformation im Kulturbereich primär von Begriffen wie Öffnung, Begegnung, Dialog, Schwerpunktsetzung und Vernetzung dominiert sein wird. Spannende Zeiten also, die der Kulturpolitik die Möglichkeit geben, Bedeutungsräume durch starke Narrative und intensive Vernetzungsbemühungen, insbesondere mit anderen gesellschaftlichen Feldern, (zurück) zu erobern. Dafür bedarf es aber des Muts zur Veränderung, von dem man sich des Öffern mehr wünschen würde, und des Aufbaus von Verständnis für die Notwendigkeit von Veränderungen sowie die Schaffung neuer Allianzen. Vielerorts herrschen noch immer ein Festhalten am Bestehenden und die Verzagtheit, Etabliertes in Frage zu stellen und Konflikte auszutragen. Gerade die Kommunalpolitik leidet unter kleinen Lösungen und dem Habitus, es allen recht machen zu wollen. Die zahlreichen gegenwärtigen Kulturentwicklungsverfahren können die passenden Gefäße für solche Aushandlungs- und Schaffensprozesse darstellen, wenn es gelingt, ausreichend Akteure an Bord zu holen, und wenn Kultureinrich-

tungen, Kulturpolitik sowie Kulturverwaltung wahrhaftig von eingeübten Mustern und Verfahren ablassen wollen. Dann sind auch die BürgerInnen eher in der Lage, Perspektiven zu erkennen und diese aktiv mitzuentwickeln. So verstandene und umgesetzte Kulturgestaltung kann auch dem Erodieren demokratischer Verfahren entgegenwirken, wie es gegenwärtig beklagt wird. (Blühdorn 2013) Kooperative Transformation ist auch transformierende Kooperation.

Literatur

- Ackermann, Manfred (2013), »Kultur« – seit 1990 eine Aufgabe auch der Bundespolitik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2013. Thema: Kulturpolitik und Planung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext-Verlag, S. 87–92
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Föhl, Patrick S./Sievers, Norbert (2015): *Transformation kooperativ gestalten. Kulturentwicklungsplanung in den Modellregionen Kyffhäuserkreis/Landkreis Nordhausen und Landkreis Hildburghausen/Landkreis Sonneberg* (herausgegeben von der Thüringer Staatskanzlei), Erfurt: Eigenverlag, siehe unter: <http://apps.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1605.pdf> (letzter Zugriff 23.2.2016)
- Knoblich, Tobias J. (2012): »Der Artikel 35 des Einigungsvertrages und seine kulturpolitisch-konzeptionellen Folgen für die gesamte Bundesrepublik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2012. Thema: Neue Kulturpolitik der Länder*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext-Verlag, S. 35–45
- Meyer, Hans Joachim (2015): *In keiner Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland*, Freiburg im Breisgau: Herder Verlag
- Terkessidis, Mark (2010): *Interkultur*, Berlin: Suhrkamp